

DIE TREIBENDE KRAFT
DER ENERGIEWENDE


BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
BUNDESTAGSFRAKTION

BÜRGER-



ENERGIE

UNS GEHT'S UMS GANZE

ENERGIEWENDE SELBST GEMACHT!

ÜBER **2 MILLIONEN** MENSCHEN IN DEUTSCHLAND
SIND INZWISCHEN ZU **STROMERZEUGER*INNEN**
GEWORDEN.

Die treibende Kraft der Energie- wende in Deutschland – das sind vor allem viele engagierte Bürger*innen.

Seit Jahren tun sich Bürger*innen bereits zusammen, um gemeinsam Windräder zu errichten, Solaranlagen zu installieren oder Bioenergien für ihr Dorf nutzbar zu machen. Mit diesem Initiativgeist sind wir weit gekommen: Erneuerbare Energien decken bereits über die Hälfte unseres Stromverbrauchs ab.

Die Bürgerenergie ist seit Beginn die Pionierin und Treiberin der Energiewende. Ein Großteil der Anlagen ist immer noch in Bürgerhand, sie machen derzeit in etwa ein Drittel der installierten Leistung aus.

Grundlage für den Boom war das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Die rot-grüne Bundesregierung hatte es im Jahr 2000 auf Druck der Grünen eingeführt. Doch stagnierte der Ausbau unter den vorangegangenen Bundesregierungen.

Statt ihn zu entfesseln, haben sie die Erneuerbaren mit immer neuen Hürden ausgebremst. Die Chancen der Bürgerenergien gegenüber kommerziellen Investoren wurden immer schlechter, weil die Regierungspolitik den Förderrahmen verkompliziert und weitere Hindernisse eingebaut hat.

Damit ist jetzt Schluss! In der Ampelkoalition konnten wir als grüne Bundestagsfraktion diesen Trend endlich umkehren.

Wir haben viele Hürden beim Ausbau der Erneuerbaren aus dem Weg geräumt und dabei die Bürgerenergie besonders gestärkt.

Denn das Engagement der Bürger*innen für die Energiewende bringt viele Vorteile: Es fördert den Klimaschutz, stärkt die Unterstützung für die Energiewende und hält Deutschland auf Zukunftskurs.

DAS IST BÜRGERENERGIE

Bürgerenergie heißt, die Energieversorgung in die eigenen Hände zu nehmen – demokratisch, ökologisch und dezentral. Die Bürgerenergie ist ein Kind der Energiewendebewegung und ihre Erfolge sprechen für sich: Über 2 Millionen Menschen in Deutschland sind inzwischen zu Stromerzeuger*innen geworden. Über 1.000 Energiegenossenschaften haben sich gegründet.

Bürgerenergie schafft jedoch mehr als nur Strom: Die Aktivitäten reichen vom Bau eigener Solarstromanlagen über die Beteiligung an Windparks bis hin zur Gründung von Energiegenossenschaften, die Wohnquartiere oder gleich den ganzen Ort mit Energie beliefern.

Mancherorts übernehmen Projekte auch die Wärmeversorgung aus erneuerbaren Quellen und bauen neue Wärmenetze auf. Sie helfen, den Energieverbrauch zu senken, und beteiligen sich am Betrieb von Speichern. Ein breites Spektrum aus Unternehmen, Zusammenschlüssen von Bürger*innen, Landwirt*innen, Stadtwerken und anderen Akteur*innen ist hier vertreten.

Überall keimen solche Initiativen, die Energiewelt vor Ort selbst zu gestalten.

Auch wirtschaftlich betrachtet ist das klug. Denn es sichert lokale Arbeitsplätze im Handwerk und erhöht die regionale Wertschöpfung.





Foto: Picture Alliance

STROM VOM DACH

Der Klassiker der selbstgemachten Energie-
wende ist die Photovoltaik(PV)-Anlage auf
dem eigenen Dach. Die unionsgeführten Bun-
desregierungen hatten die Solarförderung
zuletzt jedoch immer weiter gekürzt, bis sich
nur noch kleinere Anlagen gelohnt haben.
Diesen Trend haben wir umgekehrt. Erneuer-
barer Strom wird jetzt endlich wieder ausrei-
chend gefördert.

Wer Sonnenstrom ins Netz einspeist, erhält
bis zu 13,4 Cent pro Kilowattstunde. Die Ein-
nahmen von kleinen PV-Anlagen werden
nicht mehr besteuert. Das macht Strom vom
Dach finanziell attraktiver und reduziert den
bürokratischen Aufwand. Bei Einfamilienhäu-
sern sind Anlagen bis zu einer Größe von 30

Kilowatt Spitzenleistung (kWp) von der Ein-
kommenssteuer befreit. Bei Mehrfamilien-
häusern gilt dies für Anlagen bis zu maximal
15 kWp pro Wohn- oder Gewerbeinheit und
bis zu einer Maximalgröße von 100 kWp pro
Steuerzahler*in. Für den Kauf, die Lieferung
und die Montage von PV-Anlagen auf und
an Wohngebäuden haben wir die Mehrwert-
steuer abgeschafft.

Zudem haben wir die Genehmigung und den
Netzanschluss von Energieanlagen verein-
facht und beschleunigt. Auch die Digitalisie-
rung und Standardisierung von Anschlusspro-
zessen konnten wir voranbringen.

STROM VOM BALKON

Immer mehr Menschen in Mietwohnungen wollen die Energiewende in die eigene Hand nehmen und installieren dafür Solarkraftwerke auf ihren Balkonen. Das Betreiben solcher Balkonkraftwerke machen wir jetzt noch einfacher und attraktiver. Dafür werden wir unter anderem das Solarpaket I beschließen – ein Gesetz zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den weiteren Ausbau der Sonnenenergie.

Für Anlagen von bis zu 800 Watt sollen bald vereinfachte Anschlussregelungen gelten. Die Anmeldung beim Netzbetreiber soll entfallen, sie ist dann nur noch bei der Bundesnetzagentur notwendig. Bisher ist es verboten, ein Balkonkraftwerk in Haushalten anzuschließen,

wo der Strom mit einem rückwärtsdrehenden Zähler gemessen wird. Vor Inbetriebnahme muss ein Stromzähler mit Rücklaufsperrung eingebaut werden. Damit soll bald Schluss sein. Wir möchten erlauben, das Balkonkraftwerk bereits zu betreiben, bevor der Netzbetreiber einen neuen Zähler einbaut. Außerdem sollen Mieter*innen die Anlagen einfach an die Steckdose anschließen dürfen.

Und auch juristisch setzen wir einen neuen Rahmen und schaffen einen Rechtsanspruch für Mieter*innen auf die Installation von Balkonkraftwerken. So bringen wir die Energiewende in die Wohnungen von ganz vielen Stadtbewohner*innen.

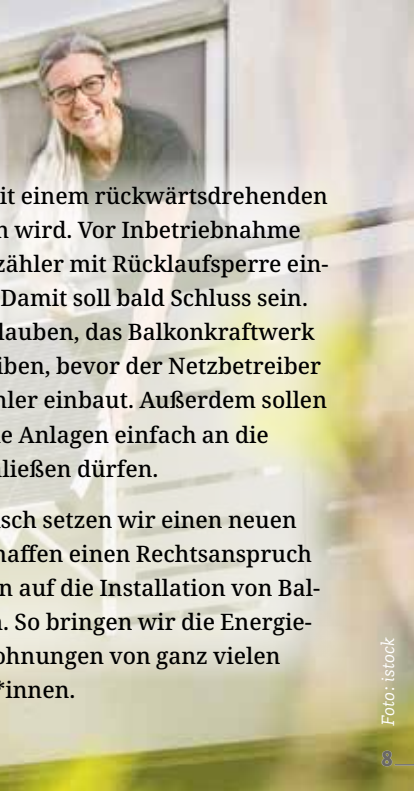


Foto: istock

STROM VOM MEHRFAMILIENHAUS

Bisher versorgen sich vor allem Hausbesitzer*innen selbst mit grünem Strom aus Solaranlagen vom Dach. Doch obwohl es die Idee des Mieterstroms schon gibt, profitieren Mieter*innen noch viel zu selten von den günstigeren Strompreisen. Wir schaffen die politischen Rahmenbedingungen, damit sich das endlich ändert. Mieterstromprojekte profitieren von der Abschaffung der EEG-Umlage, den erhöhten Fördersätzen von PV-Anlagen und steuerlichen Erleichterungen. Aufwendige und kostspielige Messsysteme entfallen in der Zukunft, weil auch vorhandene Daten aus intelligenten Messsystemen für die Abrechnungen der Projekte genutzt werden können.

Wir wollen, dass komplizierte Formulare für die Stromsteuer nicht mehr für kleinere Anlagen ausgefüllt werden müssen.

Beim klassischen Mieterstrommodell wird eine Vollversorgung mit Strom garantiert. Für kleine Häuser ist das zu umständlich. Darum wollen wir noch dieses Jahr die gemeinschaftliche Gebäudeversorgung einführen. Dann können die Bewohner*innen von Mehrfamilienhäusern den Strom der Solaranlage auf dem Dach unkompliziert nutzen. Den Reststrom beziehen sie weiterhin von ihrem normalen Stromversorger.

Foto: shutterstock

STROM VOM MEHRFAMILIENHAUS



Ein Beispiel aus Berlin zeigt, wie ein erfolgreiches Mieterstromprojekt aussehen kann: Dort erzeugen Kombianlagen auf dem Dach eines zwölfstöckigen Mietshauses seit einigen Jahren Strom aus Wind und Sonne. Gemeinsame Betreiber sind Stadtwerke und Wohnungsbaugesellschaft.

Der Strom vom Dach ist für die Mieter*innen günstiger als der Normaltarif der Stadtwerke. Weil er auch für die Fahrstühle und Beleuchtung der Wohnanlagen genutzt wird, sinken zudem die Nebenkosten. In Großstädten, wo bis zu 85 Prozent der Menschen zur Miete wohnen, sind Solardächer immer noch selten – wir werden diese zum Standard machen.

Foto: pixabay

STROM AUS DER REGION

Viele geben sich nicht mit der Solaranlage auf dem Dach zufrieden und wollen größere Freiflächenanlagen oder Windkraftanlagen umsetzen.

Solche Bürgerenergieprojekte wurden von den Vorgängerregierungen konsequent ausgebremst. Windkraftprojekte von Bürger*innen mussten beispielsweise seit 2017 ebenso wie die kommerzieller Betreiber an komplexen Ausschreibungen teilnehmen. Für Bürgerenergiegesellschaften war das eine enorme Hürde.

Diese Hürde haben wir eingerissen: Im ersten Jahr in der Ampelkoalition haben wir erreicht, dass Bürgerenergieprojekte von Ausschreibungen ausgenommen werden können. So können engagierte Bürger*innen ihre Projekte bei Windenergie bis 18 Megawatt (MW) und bei Solarenergie bis 6 MW ohne Ausschreibungen realisieren. Dazu kommt, dass sich in einem Radius von 50 Kilometern um das Projekt alle Interessierten an Bürgerenergieprojekten beteiligen dürfen. Zudem haben wir einen Bürgerenergiefonds aufgesetzt, der Bürgerenergieprojekte in der schwierigen Anfangsphase unterstützt.

BÜRGERENERGIE IN DER PRAXIS

Wenn die politischen Rahmenbedingungen stimmen, lässt sich Stromversorgung auf kommunaler Ebene sehr gut selbst organisieren. Unsere vier Beispiele stehen für diesen Trend, der von Initiative und Bürgersinn zeugt.

Das kleine Zschadraß bei Leipzig will bis 2050 energieautark werden. Im Ort gründete sich ein Verein samt Stiftung, die gemeinsam Photovoltaikanlagen und Windräder betreiben. Die Einnahmen werden unter anderem zur Finanzierung der Kindertagesstätte genutzt.

Im baden-württembergischen Leutkirch haben sich rund 250 Bürger*innen zusammengetan und in den Ausbau der Solarenergie investiert. Geeignete Dächer hat ihnen die Kommune zur Pacht überlassen.

In Jena-Pößneck hat eine Bürgerenergiegenossenschaft Anteile an den Stadtwerken erworben und investiert nun vor Ort in den Ausbau erneuerbarer Energien.

In Niedersachsen und Hamburg arbeiten vier Bürgergemeinschaften als Genossenschaft sogar über die Grenzen von Landkreisen und Bundesländern hinweg zusammen. Und sie verkaufen ihren erneuerbaren Strom dort, wo sie ihn erzeugen: direkt in der Region.



REGIONALE STROMVERSORGUNG

Noch wird der meiste Strom aus großen Bürgerenergieanlagen ins Netz eingespeist. Die Betreiber*innen profitieren finanziell von der Förderung für ihre erneuerbaren Energien. Den Strom selbst zu nutzen, ist dagegen oft noch viel zu kompliziert. Erfolgreiche Beispiele hierfür gibt es schon. Sie sind aber selten. Denn es ist noch viel zu teuer und schwierig, den Strom gemeinschaftlich zu nutzen – insbesondere dann, wenn das öffentliche Netz genutzt wird.

Die Ampelkoalition ist sich einig, dass sich das ändern muss. Wir wollen das sogenannte Energy-Sharing vereinfachen, also das

gemeinschaftliche Nutzen und Teilen von erneuerbarem Strom. Unter dem Begriff versammelt die Bürgerenergiebewegung ganz verschiedene Ideen: vom Wunsch, den eigenen Strom an Nachbar*innen abzugeben, über die Erweiterung von Mieterstromkonzepten auf ganze Quartiere bis hin zum genossenschaftlichen Windpark, dessen Strom von den Mitgliedern direkt verbraucht wird. Als grüne Bundestagsfraktion setzen wir uns dafür ein, Energy Sharing auf allen Ebenen zu vereinfachen und rechtliche und finanzielle Hürden abzubauen.

STROMNETZE IN BÜRGERHAND

*Stromnetze sind Schaltstellen, an denen die klimaverträgliche Stromeinspeisung gefördert und gemanagt werden kann. Gefragt sind also Netzbetreiber*innen, die die Energiewende auch wirklich voranbringen wollen.*

Mit Anbietern aus der Privatwirtschaft haben viele Städte und Gemeinden über Jahre schlechte Erfahrungen gemacht. Da in zahlreichen Kommunen die Konzessionsverträge zum Betrieb der Stromnetze innerhalb der nächsten Jahre auslaufen, bietet sich eine Chance, das zu ändern. Viele Städte und Gemeinden wollen sie

nutzen, um die örtlichen Energienetze wieder in eigener Regie zu führen. Häufig sind dort Bürgergenossenschaften die Antreiber. Etliche von ihnen folgten dem berühmten Beispiel der bürgereigenen Elektrizitätswerke EWS Schönau – etwa in Berlin, Hamburg oder Oldenburg.

Nicht nur für saubere Energie, auch für die Wertschöpfung vor Ort ist es von Vorteil, wenn der Netzbetrieb in der Hand von Kommunen und Bürgergenossenschaften liegt.

WÄRMENETZE IN BÜRGERHAND

Erneuerbare Wärme kann effizient und günstig über Wärmenetze bereitgestellt werden. Viele Genossenschaften haben das erkannt und gemeinschaftliche Nahwärmenetze errichtet. Diese dezentralen Netze lohnen sich auch dort, wo große Fernwärmenetze nicht betrieben werden können, also insbesondere in ländlichen Regionen.

Inzwischen gibt es schon etwa 200 Wärmenetze, die von Genossenschaften betrieben werden. In den nächsten Jahren wird diese Zahl voraussichtlich rasant wachsen. Denn jedes Jahr sollen 100.000 neue Haushalte an Wärmenetze angeschlossen werden. Dafür gibt es seit 2022 ein Bundesförderprogramm für effiziente Wärmenetze, das sich explizit auch an Genossenschaften richtet.

Damit unterstützt die Bundesregierung die Betreiber*innen von Wärmenetzen mit einem hohen Anteil erneuerbarer Energien. Gefördert werden die Planung und der Bau von neuen klimafreundlichen Anlagen und bestehende Wärmenetze, in denen fossile durch erneuerbare Energien ersetzt werden. Es ist zum Teil auch möglich, Betriebskosten fördern zu lassen.

Foto: Langrock/laif



KOMMUNEN PROFITIEREN VON GROSSPROJEKTEN



Foto: Picture Alliance




*Wir wollen, dass Anwohner*innen und Kommunen an den Einnahmen von Windkraft- und Solaranlagen auf Freiflächen beteiligt werden.*

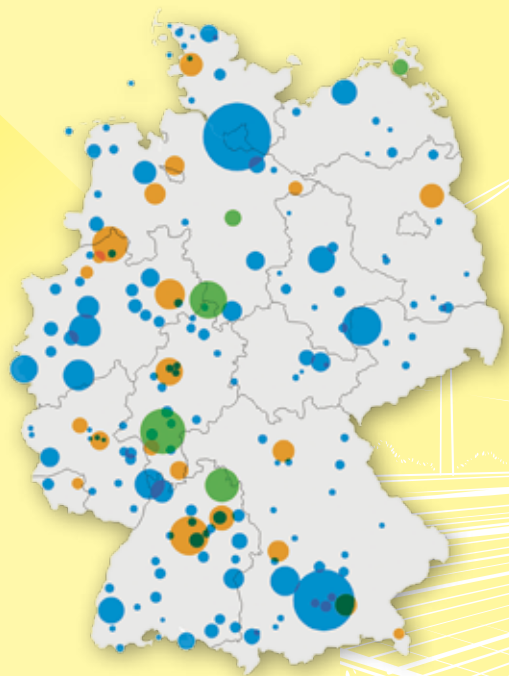
Betreiber haben bereits die Möglichkeit, den Gemeinden 0,2 Cent pro erzeugte Kilowattstunde zahlen. Das sind je nach Anlagengröße und Standort um die 25.000 Euro pro Windkraftanlage und Jahr. Bei Photovoltaikanlagen auf Freiflächen erhalten die Kommunen jährlich bis zu 1.000 Euro pro Hektar. Anlagenbetreiber können sich die an die Kommunen ausgezahlten Beträge erstatten lassen, wenn der erzeugte Strom staatlich gefördert ist. Allerdings ist die finanzielle Beteiligung von Kommunen nicht verpflichtend. Wir möchten das ändern und zusätzlich auch die Anwohner*innen beteiligen.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern zeigt auf, wie das geht. Dort müssen Betreiber von Windparks unmittelbare Nachbar*innen finanziell am Gewinn beteiligen. 20 Prozent der Anteile am Windpark müssen benachbarten Kommunen und Anwohner*innen in einem Umkreis von fünf Kilometern zum Kauf angeboten werden. Im Jahr 2022 hat das Bundesverfassungsgericht geurteilt, dass die Regeln in Mecklenburg-Vorpommern rechtersind und dadurch auch Möglichkeiten für eine Regelung auf Bundesebene eröffnet. Diese werden wir nutzen, damit Kommunen und Anwohner*innen stärker von dem Ausbau von erneuerbaren Energien in ihrer Region profitieren.

ENERGIE- KOMMUNEN IM AUFWIND

Die Agentur für Erneuerbare Energien zeichnet seit 2008 „Energie-Kommunen des Monats“ aus.



-  Gemeinden, Städte, Ortsteile
-  Landkreise
-  Regionale Kooperationen



Grafik: Agentur für Erneuerbare Energien e.V.

Die Zahl der energiewendebewegten Bürger*innen wächst stetig und das schlägt sich inzwischen deutlich in der Landkarte Deutschlands nieder. 180 Städte und Gemeinden, die ihre Energieversorgung auf die Erneuerbaren ausrichten, sind bereits als „Energie-Kommunen“ ausgezeichnet worden. Ein Überblick zum Thema und viele Tipps, wie man den eigenen Ort zur Energie-Kommune machen kann, finden sich unter » kommunal-erneuerbar.de.

Bürgerenergie braucht politische Unterstützung vor Ort. Viele Kommunen haben das erkannt und fördern die Initiativen auf vielfältige Weise:

-  Sie erstellen öffentlich zugängliche Dachflächenkataster, um geeignete Dächer für Photovoltaikanlagen ausfindig zu machen.
-  Sie räumen Bürgerenergieprojekten Rabatte ein, etwa bei der Pacht für Windkraftflächen oder der Dachnutzung für Solaranlagen.
-  Sie benennen Ansprechpartner*innen für Bürgerenergieprojekte in den Rathäusern und bei öffentlichen Wohnungsgesellschaften und stellen Klimaschutzmanager*innen ein.
-  Sie bieten Muster(pacht)verträge für Bürgerenergieprojekte an.
-  Sie unterstützen die Kooperation von Schulen mit Bürgerenergien, etwa über Projektwochen.

MAßNAHMEN IM ÜBERBLICK

Bürgerenergieprojekte sollen in der Lage sein, die neue Energiewirtschaft vor Ort zu gestalten und mit den lokalen Energieversorgern Hand in Hand zu arbeiten. Dafür werden wir weiter intensiv arbeiten und die erforderlichen Grundlagen schaffen – damit die Energiewende in Bürgerhand bleibt.

- — Wir haben die Förderung von erneuerbaren Energien deutlich verbessert. Für PV-Anlagen auf Dächern können Bürger*innen jetzt bis zu 13,4 Cent pro Kilowattstunde erhalten. Der Kauf einer PV-Anlage und der dazugehörigen Stromspeicher ist von der Umsatzsteuer befreit. Die Einnahmen aus PV-Anlagen bis zu einer Leistung von 30 Kilowatt (KW) in Einfamilienhäusern und bis zu 15 KW pro Wohneinheit sind von der Einkommenssteuer befreit.
- — Wir haben Bürgerenergiegesellschaften von der Ausschreibungspflicht befreit: für Windstromprojekte bis zu 18 Megawatt (MW) und für Solarprojekte bis zu 6 MW Leistung. Unabhängig vom Projektierer sind zudem alle Solarprojekte bis zu einer Leistung von 1 MW grundsätzlich von der Ausschreibungspflicht ausgenommen.

- — Ein Förderprogramm für Bürgerenergie unterstützt Windprojekte in der kritischen Anfangsphase und wird bald auf Solarprojekte ausgeweitet. Folgende Maßnahmen werden wir möglichst bald umsetzen:
 - Die Installation von Solaranlagen auf dem Balkon erleichtern, indem wir Meldepflichten vereinfachen oder streichen sowie rückwärtsdrehende Zähler übergangsmäßig zulassen, den Anschluss an einfache Steckdosen erlauben und einen Rechtsanspruch auf die Installation der Anlagen einführen.
- — Eine gemeinschaftliche Gebäudeversorgung einführen und so eine unkomplizierte Nutzung von Strom aus PV-Anlagen auf Mehrfamilienhäusern ermöglichen.
 - Das Energy Sharing erleichtern, so dass Bürger*innen gemeinsam erzeugten Wind- und PV-Strom selber nutzen können.
 - Die finanzielle Beteiligung von Anwohner*innen und Kommunen in der direkten Nachbarschaft von PV-Freiflächenanlagen und Windkraftanlagen stärken.

NOCH FRAGEN?

ZUM WEITERLESEN:

- ——— gruene-bundestag.de » Themen » Energie

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

20/1630 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und dazu:

20/2580 Änderungsantrag der Ampelfraktionen

Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion

Bernhard Herrmann MdB

Fachbereich 2 – Ökologie
Umwelt, Natur und Verbraucher*innen, Klima & Energie,
Ernährung, Landwirtschaft &
Tierschutz, Mobilität, Bauen,
Wohnen, Kommunales & Tourismus

TEL 030 227 56789

FAX 030 227 56552

info@gruene-bundestag.de

*Diese Veröffentlichung informiert
über unsere parlamentarische
Arbeit im Deutschen Bundestag.
Sie darf im Wahlkampf nicht als
Wahlwerbung verwendet werden.*

Impressum: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Gestaltung: St. Kaminski,
Stand: 4. aktual. Auflage, August 2023, Titelfoto: Gettyimages